

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 5465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gefaltete Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Insetrate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegraph-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 138.

Dresden, Montag den 19. Juni 1911.

22. Jahrg.

Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe.

Es wird uns geschrieben:
Ein schwerer Konflikt im Zeitungsgewerbe bildet das Tagesgespräch von Groß-Berlin. Die Firma Scherl hat nach langem Streit um die Regelung der Arbeitszeit zwei Vertrauensleute ihrer Rotationsmaschinenmeister, die Maschinenmeister erklärten sich mit den Bemerkungen solidarisch und begünstigen die Arbeit ein. Nun wollte Scherl — auf Grund gegenseitiger Abmachungen, die bei dieser Gelegenheit aus dem Licht kamen — seine Blätter, Tag, Lokalanzeiger und Abendzeitung, bei den Firmen Ullstein u. Cie. und Rudolf Mosse drucken lassen, deren Maschinenpersonal jedoch die ihm aufgetragene Arbeit als Streikarbeit verweigerte. Ullstein noch bei Mosse ein Mensch daran gedacht hatte, die regelmäßige Arbeit im Dienste dieser Firmen zu verweigern, erklärten sich die beiden mit Scherl solidarisch, sie sehen am Sonnabend ihre Morgenblätter überhaupt nicht erscheinen und geben Sonnabend abend wie Sonntag früh ihre Zeitungen nur in dem erheblich verminderten Umfange heraus, in dem jetzt auch wieder die Scherl'schen Blätter erscheinen konnten.

Kompliziert wird dieser eigenartige Zwischenfall durch den Umstand, daß die Firma Scherl in ihrem Verhalten durch das Tarifamt gedeckt wird, so daß sie selber als tariffrei, das freitende Maschinenpersonal aber als tarifpflichtig erscheint. Sowohl bei der Regelung der Arbeitszeit, die Anlaß zu dem Konflikt gab, wie auch bei der Entlassung der beiden Drucker arbeitete die Firma entsprechend den Sprüchen der Tarifanstalten, die auch die Arbeiter laut Tarifvertrag als bindend anerkennen müssen. Es läßt sich also leider nicht leugnen, daß sich die Maschinenmeister von Scherl, als sie die Arbeit verweigerten, formell im Unrecht befanden. Eine andere Frage ist, ob das Verhalten von Scherl und die Sprüche des Tarifamts sachlich berechtigt waren.

Der gemeinschaftliche Disziplinbruch der in Ausstand getretenen Scherl'schen Zeitungs-Rotationsmaschinenmeister wird im Berliner Gewerkschaftsverband des Buchdruckerhandwerks nicht nur ausgegeben, sondern auch öffentlich verurteilt. Auf der einen Seite hat die Firma Scherl, als sie vor Weihnachten vorigen Jahres sieben Maschinenmeister entließ, von den anderen im Betriebe verbliebenen aber Leberstunden verlangte, auch ihr unsoziales Verhalten in den ganzen Konflikt hineingezogen. Das Tarifamt aber hat, von rein formalrechtlichen Gesichtspunkten ausgehend, statt beruhigend und versöhnend zu wirken, Öl ins Feuer gegossen, als es durch ein Urteil vom 9. Juni die beiden jetzt entlassenen Vertrauensleute als für ihr Amt nicht qualifiziert verurteilte und ihr Verbleiben im Betriebe für „einem friedlichen Arbeiterverhältnis im Weg stehend“ erklärte. So wenig ein Anlaß vorliegt, wegen dieses vereinzelten Vorwurfs über die ganze Institution der Tarifverträge den Stab zu brechen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß in diesem einzelnen Fall das Tarifamt weber den Arbeitern noch den Unternehmern gehalten hat, was sie sich von ihm versprochen. Ob daran das Tarifabkommen selbst schuld ist oder bloß die an

diesem Streikfall Beteiligten die Verantwortung tragen, so viel ist sicher, daß es ungerecht wäre, die Schuld einzig und allein den wenigen tarifpflichtigen Arbeitnehmern aufzuladen.

Der Konflikt bietet aber auch in mancher anderen Beziehung viel Interessantes, vor allem schon durch die tief einschneidende Wirkung, die er auf das Leben der Reichshauptstadt ausübte. Ein und eine Viertel Million Zeitungsläser blieben am Sonnabend früh ohne Morgenblatt und erhielten an dessen Stelle nur ein dürftiges Flugblatt, das ihnen die vorläufige Einstellung des Erscheinens ihrer Zeitung ankündigte. Für Paris, wo man aller vierzehn Tage ein Stückchen Generalstreik erlebt, wäre ein solcher Vorfall eben nichts außerordentliches, er war es aber für Berlin, wo man seit Menschengebenden kein solches nicht erlebt hat. Der Gedanke, daß von einer Handvoll freitender Arbeiter eine solche Massenwirkung ausgehen konnte, mußte geradezu verblüffen. Der große Straßenbahnestreit und der seinerzeit mißlungene Nichtstreik der Elektrizitätsarbeiter sind halb vergessen, an eine Streikführung im Zeitungsbetrieb dachte wegen der hier bestehenden tariflichen Einrichtungen kein Mensch. Das allgemeine Erstaunen war also nicht gering, und wenn dabei bürgerlichen Kreisen die Bedeutung der Lohnarbeiter als Produzenten wieder etwas stärker zum Bewußtsein gekommen sein sollte, so wird man das als eine nützliche Nebenwirkung der an sich recht unerfreulichen Affäre betrachten dürfen.

Aber noch etwas anderes weckte Erstaunen: die bei dieser Gelegenheit hervortretende vollkommene Solidarität der drei Rotationsmaschinenbetriebe, Mosse, Ullstein und Scherl. Man sieht hier einen Zeitungstrust herantreten, der etwas Gigantisches hat und dessen Gefahren nicht verkant werden dürfen.

Das geschäftliche Abmachungen verschiedener Art zwischen den drei Großfirmen bestehen, war schon lange bekannt. So besteht ein Abkommen, durch welches die Firmen sich verpflichten, einander nicht die Angestellten durch höhere Gehaltsangebote wegzugewinnen. (Ein ähnliches Abkommen besteht zwischen den D-Banken und dem jetzigen Geschäftsführer von Ullstein Herr Georg Bernhardt mit reichlichem Aufwand von Entlohnung verurteilt worden.) Ein anderes Abkommen, das erst kürzlich geschlossen wurde, regelt die Inhaberunterstützung im Interesse der beteiligten Firmen. Daß aber eine Abmachung besteht, durch die sich die drei Firmen auch ihren Arbeitern gegenüber solidarisch erklären, war bisher nicht bekannt. Und doch muß eine solche sehr weitgehende Abmachung bestehen, denn sonst wäre es ein Rätsel, warum auch Ullstein und Mosse ihre Blätter zeitweise gar nicht, zeitweise in stark verkleinertem Umfang erscheinen ließen. Wie gesagt, lag dazu in den Betrieben selbst nicht der allermindeste Grund vor, keinem Rotationsmaschinenmeister, von Scherl und Stereotypen ganz zu schweigen, ist es eingefallen, die Arbeit für die eigene Firma zu verweigern, bloß die „Streikarbeit“ wurde abgelehnt. Und wenn diese Streikarbeit nach tarifamtlicher Auffassung auch keine war, weil eine Verletzung zum Streik bei Scherl nicht vorlag, so wird doch jeder Arbeiter, sollte aber auch jeder „sozial empfindende“ Arbeitgeber das

Verhalten der Rotationsmaschinenmeister nicht begreifen müßten, denen es gegen das Gefühl ging, ihren vom Tarifamt verurteilten Kollegen in den Rücken zu fallen.

Für die Firmen Ullstein und Mosse, die ihr eigenes soziales Empfinden nicht genug rühmen können, lag kein Anlaß vor, mit ihrem Personal in Konflikt zu geraten, wenn sie nicht durch ein sehr weitgehendes Geheimabkommen mit Scherl gebunden waren. Und da nicht anzunehmen ist, daß sie aus bloßem Scharfmacherübermut handelten, muß der Bestand eines solchen Abkommens als sicher angenommen werden. Dadurch fällt auf die Zustände im Berliner Zeitungsgewerbe ein neues bezeichnendes Licht.

Die Macht der drei großen Zeitungsverlage Ullstein, Mosse und Scherl, die mehr als eine Million deutscher Zeitungsläser mit täglicher geistiger Kost versorgen, ist ohnehin schon außerordentlich groß. Sie muß noch gewaltig steigen, wenn sich diese Firmen solidarisieren und gegenüber den Angestellten, den Arbeitern, den Inzerenten, schließlich auch den Abonnenten zu einem geschlossenen Ganzen vereinen. Angesichts einer solchen großkapitalistischen Meinungsmacht erkennt man erst ganz den Segen einer sozialdemokratischen Arbeiterpresse, die nicht einzelnen Kapitalherren untergeordnet, sondern demokratisch gegliederten Arbeiterorganisationen und nur diesen allein verantwortlich ist. Nur die Arbeiterklasse mit ihrer Presse kann die öffentliche Meinung schützen vor dem drohenden Absolutismus des Geldjads.

Die Darstellung des Berliner Gewerkschaftsstandes.

Über die Entwicklung der ganzen Angelegenheit gibt der Berliner Gewerkschaftsverband folgende Darstellung:

Kurz vor Weihnachten vorigen Jahres kündigte die Firma August Scherl sieben Rotationsmaschinenmeistern, verlangte aber gleich nach deren Entlassung von den übrigen Rotationsmaschinenmeistern die Leistung von Leberstunden. Dies lehnten diese wegen der erfolgten Entlassungen ab. Es kam deshalb zur Klage, bei deren Verhandlung das Tarifamt Gelegenheit nahm, die im Rotationsbetriebe der genannten Firma bestehende Arbeitszeit von umschichtig täglich 14 und 4 Stunden als mit den tariflichen Bestimmungen nicht vereinbar zu erklären und der Firma Scherl aufzugeben, die Arbeitszeit dem Tarife anzupassen, welcher eine täglich neunstündige Arbeitsdauer vorschreibt. Die wegen Verletzung der Arbeitszeit darauf eingeleiteten Verhandlungen zwischen Personal und Geschäftsleitung sowie mit dem Geschäftsführer des Tarifamts führten indes nicht zu einer Einigung. Darum beschloß sich das Tarifamt in seiner Sitzung vom 28. April erneut mit der Angelegenheit und erhob einen Vorstoß zum Beschluß, nach dem die Rotationsmaschinenmeister in vier Schichten zu arbeiten hätten, worunter die eine Schicht eine Arbeitszeit von 8 bis 6 Uhr nachmittags und 10 bis 8 Uhr nachts aufwies, also mit einer vierstündigen Pause auf 12 Stunden sich erstreckte. Diese vom Tarifamt festgesetzte Arbeitszeit sollte nach einer Frist von acht Tagen am 8. Mai in Kraft treten. Sie erschien jedoch, weil sie die im alten Arbeitsverhältnis zwischen den einzelnen Schichten gelegene freie Zeit ganz erheblich einschränkte, den Rotationsmaschinenmeistern sehr nachteilig, weshalb sie am Sonnabend den 6. Mai die Geschäftsleitung um Verbeibehaltung der alten Arbeitszeit ersuchten, was indes gemäß dem Tarifamtsbescheid abgelehnt wurde. Die Rotationsmaschinenmeister hielten sich nunmehr auf einen im Jahre 1907 mit Gültigkeit bis Ende 1911 abgeschlossenen

Fichte und die Herrschenden.

Wauferne zum Fichtedenkmal.

Seit Jahren sammelt man für ein Fichtedenkmal in der Reichshauptstadt. Man hat es nicht eilig. Philosophen sind ein unbedeutender Gegenstand der offiziellen Denkmaler. Otto der Große ist wichtiger als ein Fichte. Allenfalls bringt man die Philosophen unter den Schwänzen von Potentatengalgen oder hinter wasserfeste Galgenpfeiler unter. Aber diese Misachtung ist ehrenvoller und schmerzlicher als die Robbenbeule. Wie der Kaiser zu einem Fichtedenkmal beschloß, war Herr v. Bülow noch der Kanzler à la mode. Er warf dem für feinesgleichen unerreichten Revolutionär das Sprüchlein vor, daß er gerade hätte in einer Zeit, wo alles schwierig, der Kaiser hätte diese Platte nicht wagen, weil er in einer Zeit lebe, da Fichte schwierig, während alle rebeten. Die Wahrheit ist, daß jedes Fichtedenkmal in der Reichshauptstadt eine Beschimpfung des leidenschaftlichen Denkers ist. Die Herrschenden Preußen-Deutschlands haben niemals etwas gemein mit dem Geiste Fichtes gehabt. Heute noch weniger als zu seinen Lebzeiten. Und wichtiger als irgend ein Standbild wäre es, endlich den vollständigen Nachlaß des Mannes herauszugeben, der in der Berliner Bibliothek verstaubt. Es befindet sich darunter das Schlusswort seines Lebens, ein nur in einzelnen Blättern bisher bekannt gewordenes sozialistisches System, in dem die ebenso berühmten wie ungelassenen und noch weniger verständenen Reden an die deutsche Nation nur ein vorläufiges Kapitel bildeten.

Zunächst, bis zu dem bevorstehenden 100. Todestag Fichtes wird das Denkmal fertig werden und nationaler Trara wird die Fülle wehblafen. Die Spitzen der Behörden und kolonialistische Professoren werden dabei sein, und wenn Herr Troitz zu Holz dann noch preussischer Kultusminister sein sollte, so wird er seine Gedanken über den deutschen Mann spreizen. Wenn niemand einen Philosophen über den deutschen Mann spreizen. Wenn niemand einen Philosophen mehr kennt und er ganz und gar ungeschicklich geworden ist, dann ist die Zeit gereift, ihm ein Denkmal in Berlin zu setzen, das nicht ein Zeichen seiner Unberühmtheit, sondern vielmehr seine endgültige Todeserklärung bedeutet. Was aber Fichte in Wirklichkeit ist, ist, dafür haben wir jetzt auch eine amtliche preussische Urkunde. Fichte wurde von den Herrschenden verfolgt, solange er lebte. Und selbst als man ihn nach dem Zusammenbruch Preußens lebte, behandelten ihn die preussischen Behörden brutal als den kanakischen Erbsünde, der in Berlin realisierte und gegen den der

Unerschrockene zum Sturm aufrief. Fichte erlebte noch eben die „Freiheitstriebe“, völlig vereint und verblüht, und er starb voll diesem Misstrauen, ob nicht die Niederwerfung Napoleons der Beginn verstärkter deutscher Anständigkeit werden würde.

Fichtes höhere Lehnungen wurden durch die Wirklichkeit noch überboten. Die Zeiten von 1818 bis 1848 waren ein unter Preußens Führung erneuerter dreißigjähriger Krieg gegen die deutsche Kultur. Fichte galt jetzt als der große Verderber. Seine Reden an die deutsche Nation wurden verboten. Und in den Wahnsinnes, mit denen der preussische König und seine Regierung die Karlsbader Beschlüsse der heiligen Allianz noch überbot, erschien Fichte als der böse Geist, dessen Einfluß vor allem mit Dampf und Stahl ausgerottet werden müsse. In dem unklug veröffentlichten Preememoria, mit dem die Exzellenz und Schulz (Woeschke Freund) den König Friedrich Wilhelm III. unterrichteten — es ist vom 16. Februar 1821 datiert — was gegen den Umsturz zu tun sei, erhalten wir eine offizielle preussische Darstellung des Wesens und Wirkens Fichtes. Diese Denunziation und nicht eine nach hundert Jahren jubelnde Figur aus Marmor oder Bronze ist das echte, angemessene und ehrliche Denkmal der Herrschenden für den Philosophen.

Fichte ist gemeint, wenn es in dem Schriftstück heißt:

Da nach jenem neueren Moralsysteme nur diejenige Handlung recht und sittlich genannt werden kann, die mit der inneren Ueberzeugung des Menschen übereinstimmt, jede Handlung nach Bestimmung äußerer Autorität aber unsittlich und des reinen Menschen unwürdig ist, so ist es danach auch unsittlich und seiner unwürdig, sich Gesetzen zu unterwerfen, von denen Güte er nicht überzeugt ist, und zu denen er, laut oder schweigend, seine Einwilligung nicht gegeben hat. „Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ wird nach dieser neuen Moral so gedeutet, daß der Herr im Menschen selbst oder nichts anderes als des Menschen tiefstes Wesen, seine innerste Ueberzeugung sei, dieser Ueberzeugung weigere sich allen Gesetzen zu gehorchen. In Gehorsam gegen die Weisheit findet also hiernach nur aus Klugheit zur Vermeidung äußerer Zwangs und mit der Mentalreservation dem inneren Vorbehalt statt, sie zu befolgen, insofern sie mit der Ueberzeugung des Individuum übereinstimmen, sonst aber ihnen aus sittlicher Verpflichtung auf alle Weise, heimlich oder öffentlich, entgegenzuwirken.

Daher entspringt denn also auch für die Väter der Moral die absolute Notwendigkeit, jedem einzelnen seinen Anteil an der Gesetzgebung zu vindizieren, mithin die Notwendigkeit einer gesetzlichen Volksrepräsentation, sowie sich für selbige andererseits

aus dem Grundsätze der Nichtigkeit aller Autorität, selbst der göttlichen Gesetze und Offenbarung, und aus dem Grundsätze des absoluten gleichen Wertes der Menschen als Inhaber des höchsten göttlichen Wesens, die notwendige Forderung der Souveränität des Volkes ergibt.

Das ist die „surchtbare, geheime Macht“, gegen die die Karlsbader Beschlüsse nicht mehr genügen. Da müssen noch schärfere Mittel angewandt werden, und die dem König unterbreiteten Vorschläge laufen darauf hinaus, daß jeder aus dem Staatsdienst entlassen werden müßte, der Fichtesche Anschauungen hege. Fichte war also für die damaligen Nachbarn was heute Karl Marx ist. Am weitesten wird dann Fichte mit Namen genannt. Er ist der Schlimmste unter den Umstürzern, von denen noch Schleiermacher, Ernst Moritz Arndt und Jahn, der Turnvater, bezeichnet werden. Die Verfasser grüßeln darüber, ob das gegenwärtig herrschende revolutionäre Treiben etwa als eine Sühnung und Strafe Gottes aufzufassen sei. Sie kommen dann aber zu dem Ergebnis, daß daran nicht Gott, sondern vielmehr der Teufel, das ist Fichte, schuld sei:

Dies ist nicht der Fingerzeig Gottes, hier ist deutlich die Hand des Verderbers zu erkennen, der die schwachen Menschen durch solche Vorpiegelungen zum ewigen Unheil zu verführen sucht, indem er das Haubtbild einer übermenschlichen Vollkommenheit ihren beschränkten Augen vorgehelt. Wo die Gebote Gottes nicht höher als alle menschliche Weisheit geachtet werden, wo die Offenbarung des Herrn durch Christus, wo die Erlösung des Menschen durch den Opfertod des Glaubens verloren hat, und an seine Stelle die törichte Einbildung philosophischer Erkenntnis, die göttlichen Natur des Menschen eingetretten ist, da kann weder der Kirche noch Staat länger bestehen, da verstimmt alles Heil der Gegenwart und Zukunft in einen bodenlosen Abgrund! — Am Rande dieses Abgrundes steht unter Wasserland ...

Dieses verderbliche System ist in gedruckten Schriften wie in öffentlichen Vorträgen, zunächst von zwei Gelehrten ausgegangen, die beide seit ungefähr zwanzig Jahren unter steinem großem Weisheit hier öffentlich aufgetreten sind, von den Professoren Fichte und Schleiermacher ...

Dieser Professor Fichte, dessen öffentliche Lehren die wichtigste Grundlage der Entwicklung dieses gefährlichen Systems geworden sind, war schon im Jahre 1798 als damaliger Lehrer der Philosophie an der Universität zu Jena, auf den Antrag des Dresdener Hofes wegen atheistischer Lehren in Anspruch genommen worden.